



Erklärung zu den Angriffen von Oliver Vrankovic, Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Stuttgart, gegen das Palästinakomitee Stuttgart

*(Diese Stellungnahme beruht auf einer Version einer Email, die die DIG am 13. August 2021 an die Organisator*innen des Bündnisses zur Solidaritätskundgebung geschickt hat. Wie wir festgestellt haben, hat die DIG bei ihrer veröffentlichten Version einige Punkte weggelassen. Wir kennzeichnen im Text, welche Punkte die DIG nicht mehr aufgenommen hat.)*

Teilnahme an der Stuttgarter Solidaritätskundgebung für die Unteilbar-Demonstration am 4. September 2021

Mit Bedauern nehmen wir zur Kenntnis, dass der Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Stuttgart (DIG), Oliver Vrankovic sich an der Hexenjagd der weit rechts stehenden israelischen Regierungen gegen die Palästinenser*innen und die Palästinsolidarität – in diesem Fall das Palästinakomitee Stuttgart - beteiligt, mit dem Ziel, sie aus dem Bündnis Unteilbar herauszudrängen. Wie bereits aus der Erklärung des Stuttgarter DIG-Vorsitzenden Vrankovic ersichtlich wird, missachtet auch der neue Vorsitzende internationales Recht und Menschenrechte. Er attackiert mit seinem Vorstoß gegen das Palästinakomitee das Ziel des Bündnisses Unteilbar, das sich für eine solidarische Gesellschaft sowie gegen Rassismus und Ausgrenzung einsetzt.

Oliver Vrankovic bezeichnet die DIG Stuttgart als eine überparteiliche für Frieden in Nahost engagierte Organisation (*findet sich nicht mehr in der veröffentlichten Version der DIG*). Diese Behauptung lässt sich bei einem näheren Blick auf die Politik der DIG Stuttgart nicht halten. Ganz im Gegenteil, die DIG Stuttgart unterstützt nahezu rückhaltlos die Politik der rechtsextremen israelischen politischen Kräfte. Im Folgenden führen wir dazu ein paar Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit an.

Mit scharfen Angriffen wetterte die DIG Stuttgart beispielsweise am 28. Juni 2020 auf alle, die sich auf der Grundlage des internationalen Rechts gegen die im Trump-Plan vorgesehenen Annexionen von Teilen der 1967 besetzten Westbank oder den Bau israelischer Siedlungen dort aussprechen. Dies traf in der DIG-Erklärung den deutschen Außenminister Heiko Maas, die Friedrich-Ebert-Stiftung und am massivsten den UN-Sicherheitsrat. Die Erklärung enthält verbale Attacken wie die folgende:

*„... von internationalem Recht zu sprechen, bedeutet sich auch positiv auf die Resolution 2334 des UN-Sicherheitsrats vom Dezember 2016 zu beziehen. **Sie erklärt die Siedlungen für illegal und bedient sich einer widerwärtigen Sprache des Antizionismus:***

„dass die Errichtung von Siedlungen ... durch Israel keine rechtliche Gültigkeit besitzt und einen flagranten Verstoß gegen das Völkerrecht ... darstellt...“

<http://www.dig-stuttgart.net/?p=2973>

In ihrem Grußwort auf der Kundgebung des ICEJ Stuttgart (International Christian Embassy Jerusalem) am 6. November 2019 bezeichnete die DIG-Vorsitzende Bärbel Illi die EU-Kennzeichnungspflicht für Produkte aus Westbank-Siedlungen als „**antisemitischen Mist**“ und rückte sie in die Nähe des Boykotts der Nationalsozialisten gegen Produkte von Jüdinnen und Juden. Dabei handelt es sich um eine massive Diffamierung von internationalen Rechtsgrundsätzen, die die EU bei ihrer Regelung ansetzte und darüber hinaus um eine gefährliche Verzerrung, die all denjenigen in die Hände spielt, die das Vorgehen der Nationalsozialisten gegen die deutsche jüdische Bevölkerung beschönigen wollen.

Dass die damalige DIG-Vorsitzende Bärbel Illi (bis 21. Juli 2021) überhaupt bei der christlich-fundamentalistischen ICEJ gesprochen hat, weist darauf hin, wie stark die Haltung der DIG Stuttgart mit weit rechts stehenden Organisationen übereinstimmt. Die ICEJ tritt nicht nur völkerrechtswidrig dafür ein, dass die gesamte Stadt Jerusalem vom Staat Israel übernommen wird, sie lehnte vehement den Abzug israelischer Truppen aus dem Gazastreifen ab und arbeitet auch mit der nationalreligiösen israelischen Siedlerbewegung zusammen. Mehr zu ICEJ unter anderem Susanne Knaul, „We love Israel“

<https://taz.de/!519728/>

Die DIG Stuttgart arbeitet auch eng mit dem rassistischen Jüdischen Nationalfonds (JNF) zusammen, der JNF ist wichtiger Akteur bei jedem Israeltag der DIG in Stuttgart und die DIG sammelt auch für JNF-Projekte. Der Jüdische Nationalfonds ist jedoch eine zentrale Instanz bei der systematischen Diskriminierung der Palästinenser*innen mit israelischem Pass innerhalb der Grünen Linie von 1948. Der JNF ist ein Instrument des Landraubs und der Kolonialisierung.

Die US-amerikanische Menschenrechtsorganisation **Human Rights Watch** schreibt über die Rolle des JNF:

„The Israel Land Administration manages and allocates 93 percent of the land in Israel, meaning this government-commission report found that the state uses the overwhelming majority of land in Israel to serve only one community, Jewish Israelis.

Semi-governmental bodies like the JNF, Jewish Agency, and WZO that serve the Jewish community and no other constituency, play central roles in this effort. A 1953 Knesset law endows JNF, or Keren Kayemeth LeIsrael in Hebrew, with governmental authorities, and Israel's Basic Law: Israel Lands (1960) notes that ownership over its land “shall not be transferred either by sale or in any other manner.” JNF owns 13 percent of Israeli land, which the Israel Land Authority (ILA) manages. JNF makes up nearly half the governing

board of the ILA, which controls 93 percent of the land in Israel.

HRW, A Threshold Crossed – Israelis Authorities and the Crimes of Apartheid and Persecution, S. 60

<https://www.hrw.org/report/2021/04/27/threshold-crossed/israeli-authorities-and-crimes-apartheid-and-persecution>

Auch bei der „Judaisierung“ des Negev und Galiläas, bei der Tausende palästinensischer Bürger des Staates Israel aus ihren Häusern und Dörfern verdrängt werden, spielt der JNF eine zentrale Rolle. An den Plätzen palästinensischer Dörfer (z. B. Um Al-Hieran) entstehen Siedlungen, die ausschließlich jüdisch-israelischen Bürgern offenstehen.

HRW in ihrer oben genannten Studie zu dem vom JNF unterstützten Vorgehen der israelischen Regierungen gegen die Palästinenser*innen :

„Since 1948, the government has authorized the creation of more than 900 „Jewish localities“ in Israel, but none for Palestinians except for a handful of government-planned townships and villages in the Negev and Galilee, created largely to concentrate previously displaced Bedouin communities“ – S. 152, siehe dazu auch S. 58 in der Studie

Nach Angaben der israelischen Friedens-NGO **Peace Now** arbeitet der JNF auch mit Siedlerorganisationen in der Westbank zusammen und hat dort bereits 65 000 Dunum Land für Siedlungen beschafft, die ausschließlich jüdischen Israelis zur Verfügung stehen. Diese Siedlungen werden sowohl von der UN als auch von der EU und USA als völkerrechtswidrig eingestuft.

Es ist deutlich, die DIG Stuttgart unterstützt ohne Einschränkungen alle Schritte der israelischen Regierungen zur Verdrängung und Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung. Damit fördert sie systematischen Rassismus und genau die Politik, gegen die wir uns mit der Initiative Unteilbar wehren.

Nach der kurzen Charakterisierung der antipalästinensischen Politik der DIG Stuttgart wollen wir im Einzelnen auf die Vorwürfe des Vorsitzenden Oliver Vrankovic gegen uns eingehen.

(Dieser Punkt findet sich nicht mehr in der Version, die die DIG auf ihrer Homepage veröffentlicht hat) Die größte Unverschämtheit ist der Vorwurf der Holocaustrelativierung gegen den im Jahr 2016 vom Palästinakomitee Stuttgart eingeladenen Referenten Salman Abu Sitta. Vrankovic wiederholt dabei einfach einen Vorwurf, den das Palästinakomitee schon einmal anhand des damals und auch jetzt vorgelegten Materials des Middle East Media Research Institute (MEMRI) im Jahr 2016 widerlegt hat.

Der Link zu unserer Erklärung aus dem Jahr 2016 ist:

https://senderfreiespalaestina.de/pdfs/statement_dtsch_abu_sitta_veranstaltung.pdf

Interessanterweise erwähnt Vrankovic überhaupt nicht die damaligen Vorwürfe, die Benjamin Weinthal in der Jerusalem Post und mit ihm die damalige DIG Vorsitzende Bärbel Illi machten.

Vielmehr nennt Vrankovic ohne genauere Angabe den Bericht einer AJN. Es liegt nahe, dass er The Australian Jewish News vom 10. September 2019 meint. In diesem Bericht wird dasselbe MEMRI-Material zugrunde gelegt und wiederum manipulativ sowie falsch zitiert.

Es handelt sich um ein Interview, das Salman Abu Sitta im Februar 2015 dem ägyptischen TV-Sender Dream 2 gegeben hat (auf Arabisch – Übersetzung ins Englische von MEMRI)

MEMRI scheint vom Interview inzwischen eine weitere Version hergestellt zu haben. Die Version, die wir im Jahr 2016 analysiert haben, steht nicht mehr zur Verfügung. Die neue Fassung findet sich auch nicht mehr auf youtube, sondern auf dem MEMRI-Blog unter:

<https://www.memri.org/tv/palestinian-historian-salman-abu-sitta-israel-perpetrated-holocaust-against-palestinians>

Im Interview schildert Professor Abu-Sitta an den Fakten orientiert seine Entdeckung, dass die zionistischen Einheiten unmittelbar nach 1948 mehrere Gefangenen- bzw. Zwangsarbeiterlager für Palästinenser errichtet hatten („detention camps and forced labor camps for the Palestinians.“).

Abu-Sitta stützt sich hierbei auf Dokumente des Roten Kreuzes in den Genfer Archiven. Er hat seine Forschung in den Journals of Palestine Studies der University of California Press veröffentlicht. Mehr dazu:

<https://online.ucpress.edu/jps/article-abstract/43/4/11/54879/The-ICRC-and-the-Detention-of-Palestinian?redirectedFrom=fulltext>

<https://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1525/jps.2014.43.4.11>

Über einen Vergleich mit einer Studie von Daniel Goldhagen stellte Abu Sitta fest, dass die Aufseher in diesen Gefangenen- bzw. Zwangsarbeiterlager dieselben Methoden verwendeten wie die Nazis in ihren Gefangenen- und Zwangsarbeiterlagern. Nirgendwo in diesem Interview nimmt Abu Sitta die Worte Auschwitz oder Holocaust in den Mund, das ist nicht sein Thema. Auf den Holocaust nimmt lediglich die Interviewerin Mona Salman in ihrer Einleitung Bezug.

Der MEMRI-Veröffentlichung merkt der aufmerksame Betrachter ohne Weiteres an, wie sehr sich MEMRI bemüht, den Eindruck zu erwecken, Abu Sitta würde von Holocaust und Vernichtungslagern sprechen. Ausgesuchte von MEMRI transkribierte Zitate werden falsch zugeordnet (zu Abu Sitta anstatt zur Interviewerin Mona Salman) und Abu Sittas Aussagen werden mit „Auschwitz“ ergänzt. Diese Vorgehensweise charakterisiert beide von MEMRI veröffentlichten Versionen: für die auf youtube publizierte Version, die uns noch für unsere erste Stellungnahme im Jahr 2016 zur Verfügung stand und die inzwischen gelöscht wurden, sowie die neuere stärker beschnittene Version, die MEMRI auf seinem eigenen Blog publiziert.

Bleibt noch anzumerken, dass es sich bei MEMRI (Middle East Media Research Institute) nicht um eine neutrale Institution handelt. Zu den MEMRI-Begründern gehören mehrere langjährige Mitarbeiter des Geheimdienstes der israelischen Armee.

Der Vorwurf der Apartheid und der ethnischen Säuberung Palästinas gehören zum aktuellen Stand Forschung und stellen keine Übertreibung oder herabsetzende Diffamierung des Staates Israel dar. Entsprechende Studien der neuen israelischen Historiker über gewaltsame Aktionen zum Zeitpunkt der Staatsgründung Israels (Benny Morris) und der Nachweis einer geplanten Vertreibung (Ilan Pappé, Die ethnische Säuberung Palästinas - 1. Deutschsprachige Auflage 2007) liegen seit mehreren Jahren vor.

Der Nachweis ist überzeugend gelungen, wie die Reaktion des Staates Israel nahelegt. Die israelische Zeitung Haaretz und auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung in der Ausgabe vom 25. 07. 2019 berichten von einer systematischen Maßnahme israelischer staatlicher Stellen, die die entsprechenden Dokumente aus den israelischen Archiven entfernen und für Wissenschaftler unzugänglich machen wollen.

Siehe den Artikel *Burying the Nakba: How Israel Systematically Hides Evidence of 1948 Expulsion of Arabs*: <https://www.haaretz.com/israel-news/.premium.MAGAZINE-how-israel-systematically-hides-evidence-of-1948-expulsion-of-arabs-1.7435103>

Gut belegt ist inzwischen auch der Vorwurf der Apartheid im gesamten Land (from the river to the sea). Nach mehreren wissenschaftlichen Studien zu diesem Thema, haben im Jahr 2021 die israelische Menschenrechtsorganisation **B'Tselem** und die US-amerikanische Menschenrechts-NGO **Human Rights Watch** ihrerseits Forschungs-Arbeiten veröffentlicht, die den Apartheid-Vorwurf untermauern. Im Juni dieses Jahres äußerte sich der frühere UN-Generalsekretär Ban Ki-moon in der Financial Times in diesem Sinne, kurz zuvor hatten die beiden ehemaligen israelischen Botschafter in Südafrika Ilan Baruch and Alon Liel am 8. Juni 2021 den Vorwurf für das Herrschaftssystem in der Westbank erhoben.

https://www.btselem.org/publications/fulltext/202101_this_is_apartheid

<https://www.middleeasteye.net/news/israel-palestine-south-africa-former-ambassadors-call-occupation-apartheid>

Human Rights Watch: siehe den Link zur oben zitierten Studie

Wir fragen uns, will Oliver Vrankovic ein Apartheid-System erhalten, wenn er uns die Parole „From the River to the Sea – Palestine will be free“ vorwirft ?

(Dieser Punkt findet sich nicht mehr in der veröffentlichten Version der DIG) Und selbstverständlich sind in Jaffa und Um Al Fahim israelische Siedler in Zusammenarbeit mit der israelischen Regierung/Polizei bei der Vertreibung palästinensischer Bürger des Staates Israel aktiv.

Wir sind erstaunt, dass Oliver Vrankovic diese lang bekannte Tatsache versucht zu leugnen. In Jaffa geht dies vor allem von dem extremistischen Siedler-Rabbiner Eliyahu Mali aus (siehe zu den Zusammenstößen im April 2021:

„Rabbi Mali ist der Leiter von „Siedeln in den Herzen“, einem israelischen Siedlungserweiterungsprojekt, das die Errichtung von Außenposten inmitten von Städten und Vierteln mit palästinensischer Bevölkerungsmehrheit im besetzten Ost-Jerusalem und in der Westbank sowie innerhalb Israels, wie al-Ajami, vorantreibt.“ (al-Ajami ist ein Stadtteil von Jaffa – Pako)

im englischen Original

<https://www.middleeasteye.net/news/israel-palestine-jaffa-assault-plan-seize-property>
<https://www.haaretz.com/israel-news/.premium.MAGAZINE-to-jaffa-arabs-sales-of-absentee-ownership-properties-aim-to-drive-them-out-1.9730704>

Und in Umm Al Fahim, das vor allem von internen palästinensischen Flüchtlingen bewohnt wird, die auch als Staatsbürger Israels nicht in ihre Dörfer/Häuser zurückkehren können, sind schon länger aggressive Attacken von Siedlern aus der Westbank bekannt, siehe z. B.

<https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/005401.html>

englisches Original von Jonathan Cooks Artikel in Palestine Chronicle

Zu ergänzen wären Vorgänge in Lydd/Lod, im Naqab/Negev und viele andere.

Es ist traurig, dass die DIG Stuttgart sich der Hexenjagd anschließt, die die ultrarechten israelischen Regierungen mit ihrer Kampagne gegen die BDS-Bewegung der palästinensischen Zivilgesellschaft unter anderem in Deutschland losgetreten haben – ein Feldzug, der mit ihrem Missbrauch des Vorwurfs die wichtige Bekämpfung des Antisemitismus selbst bedroht. Wir betonen in diesem Zusammenhang, dass sich die BDS-Bewegung am Menschen und Völkerrecht orientiert, während die israelischen Regierungen und auch die DIG beständig die UN attackieren.

Mit ihrem Angriff auf BDS attackiert die DIG unter vielen anderen Tausende jüdische und jüdisch-israelische Aktivist*innen, die dieses zivilgesellschaftliche Druckmittel gegen Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen befürworten sowie anerkannte Wissenschaftler, die auf die Erforschung des Antisemitismus spezialisiert sind.

Diese Versuche, die Diskussion über israelische Politik und Menschenrechtsverletzungen zu stoppen stoßen schon seit Längerem auf entschiedenen Kritik, unter anderem von jüdisch-israelischer Seite. Einen Überblick über die schwerwiegende Entwicklung in der Bundesrepublik gibt ein kritischer Artikel von Itay Masiach am 10. Dezember 2020 in der liberalen Zeitung Haaretz:

<https://www.haaretz.com/israel-news/.premium.HIGHLIGHT.MAGAZINE-in-germany-a-witch-hunt-rages-against-israel-critics-many-have-had-enough-1.9362662>

In den USA ist die Unterstützung von BDS unter Jüdinnen und Juden bereits so stark, dass wichtige jüdische Institutionen wie das Magazin Jewish Currents eine intensive Diskussion mit führenden Vertretern der BDS-Bewegung begonnen haben. Der Mitbegründer der BDS-Bewegung Omar Barghouti ist mehrfach Interviewgast von Redaktionsmitglied Peter Beinart gewesen, Peter Beinart gehört außerdem zu den führenden US-amerikanischen Journalisten.

Der Email ist zu entnehmen, dass Vrankovic auch gerne die palästinensischen und zahlreiche andere queere Initiativen ausgrenzen will, die schon seit vielen Jahren in Berlin, Ramallah, New York, Tel Aviv und anderen Städten weltweit ihre Unterstützung der palästinensischen Befreiung und der BDS-Bewegung zum Ausdruck bringen.

Eine Analyse zur Strategie des Pinkwashing, zur Vereinnahmung der Bewegung für die LGBTI*-Rechte für den Staat Israel, findet sich bei der palästinensischen Al Qaws, Initiative für Sexual & Gender Diversity in Palestinian Society

http://www.alqaws.org/articles/Beyond-Propaganda-Pinkwashing-as-Colonial-Violence?category_id=0

Vielsagend ist der Angriff von Oliver Vrankovic auf das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge. Vrankovic warnt für den Fall der Einlösung der Rechte der palästinensischen Flüchtlinge vor der „demographische Aushöhlung des jüdischen Staates“. Damit argumentiert Vrankovic wie die israelischen Regierungen ganz im Sinne des „Ethnonationalismus“ der Identitären und anderer ultrarechten Bewegungen, die die kulturelle Vielfalt als Bedrohung darstellen und einen ausgrenzenden Nationalismus propagieren.

Geht es nach Oliver Vrankovic und der DIG sollen die 85 % der palästinensischen Bevölkerung, die 1948 infolge der ethnischen Säuberung zu Flüchtlingen gemacht wurden, auf ihr grundlegendes Recht auf Rückkehr verzichten, das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 für alle Menschen festgeschrieben wurde. Die UN-Resolution 194, die vom Staat Israel als Voraussetzung für den Beitritt zur UN anerkannt wurde, bekräftigt dieses Menschenrecht zusätzlich.

(Dieser Punkt befindet sich nicht mehr in der veröffentlichten Version des Textes der DIG). Was die Hamas und Raketenangriffe aus dem Gazastreifen angeht, muss mindestens berücksichtigt werden, wer der Angegriffene und wer der Angreifer ist. Hamas und andere bewaffnete Gruppen im Gazastreifen (dazu gehören nicht nur religiöse, sondern auch säkulare linke) reagieren mit ihren Aktionen auf eine mehr als ein Jahrzehnt anhaltende eindeutig völkerrechtswidrige Blockade. Diese Blockade und die ständigen Angriffe der israelischen Armee haben inzwischen dazu geführt, dass der Gazastreifen aus ökologischen und sozialökonomischen Gründen unbewohnbar geworden ist (Laut UN-Angaben gilt dies seit 2020). Zur Verweigerung von Material für den Wiederaufbau von Häusern, ausreichend Versorgung mit Strom und Wasser, Medikamenten, Ausreisen für medizinische Behandlungen und vielem anderen, was für die grundlegende Versorgung notwendig ist, kommen für die Bevölkerung in Gaza regelmäßige, mindestens wöchentliche Angriffe der israelischen Armee u.a. auf Fischer und Bauern.

Sowohl die israelische Armee als auch die Hamas sind für ihr Vorgehen im Mai dieses Jahres von Human Rights Watch wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen kritisiert worden. Voraussichtlich werden diese Vorfälle in ein Verfahren vor dem Internationalen Strafgerichtshof einbezogen werden, das Kriegsverbrechen in den 1967 besetzten Gebieten untersuchen soll. Bezeichnenderweise reagieren die Hamas sowie andere palästinensische Organisationen völlig anders auf die Ankündigung der gerichtlichen Untersuchung als die israelische Regierungen. **Während die palästinensische Seite (einschließlich Hamas) die Untersuchung vor dem Strafgerichtshof begrüßt und fördert, üben die israelischen Regierungen massiven Druck aus, damit das Verfahren nicht stattfinden kann.**

Der Vollständigkeit halber sei noch ergänzt: Bei der Dokumentation der Kundgebung von Palästinakomitee und Palästina spricht vom 29. Mai 2021 in Stuttgart wurde ein Stück herausgeschnitten, da die MLPD in ihrem Grußwort Stalin lobte. Das ist für beide veranstaltende Organisationen nicht zu rechtfertigen. Diesem Schnitt fiel leider auch der von der DIG benannte Sprechchor zum Opfer.

Aus unserer Stellungnahme sollte klar geworden sein: Nicht das Palästinakomitee Stuttgart, sondern die weit nach rechts abgerutschte DIG Stuttgart stellt sich mit ihrem Angriff gegen die Initiative Unteilbar. Die DIG diffamiert, grenzt aus, tritt die Rechte der Palästinenser*innen und oppositionellen Jüdinnen und Juden mit Füßen. Die DIG Stuttgart schadet damit den internationalen universalen Menschenrechten, die eine grundlegende Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft darstellen.

Wir bekämpfen Unterdrückung, Besatzung, Kolonialismus, Antisemitismus und Rassismus weltweit - Wir lassen uns nicht spalten !

August 2021, Verena Rajab, Vorstandsvorsitzende Palästinakomitee Stuttgart